■ Das »Gastarbeiter«-System

Jochen Oltmer, Axel Kreienbrink, Carlos Sanz Díaz (Hg.), Das »Gastarbeiter«-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Bd. 104), München (Oldenbourg Verlag) 2012, 268 S., 24,80 €

Die Beiträge der vorliegenden Veröffentlichung gehen auf eine im Frühjahr 2010 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusammen mit dem Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück sowie dem Departamento de Historia Contemporánea der Universidad Complutense de Madrid veranstaltete Tagung zurück. In seiner Einleitung hebt Jochen Oltmer das migrationspolitische Interesse der europäischen Staaten in den ersten Nachkriegsjahrzehnten hervor. Er erläutert den Begriff der Migrationsregime, den er für die Analyse zentraler Strukturmuster der Migration und der Systematik des Zusammenspiels unterschiedlicher Interessen und Faktoren nutzen will. Die im Folgenden ausführlicher vorgestellten Beiträge geben die Vielfalt der im Band behandelten Zeiträume und Gruppen von Migranten wieder.

Frank Caestecker und Eric Vanhaute untersuchen in vergleichender Perspektive die Arbeitsmigration nach Frankreich, Belgien, Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz. Sie zeigen am Beispiel der Anwerbung und Beschäftigung der *Displaced Persons*, dass schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Grenzen einer restriktiven staatlichen Ausländerpolitik erkennbar waren. Die besondere Situation dieser Beschäftigten sei beispielsweise 1951 in Belgien auf eigene Initiativen der Betroffenen hin anerkannt worden. Seit Beginn der 1960er Jahre – so arbeiten die Autoren heraus – sei die Arbeitsmigration in den von ihnen untersuchten Staaten maßgeblich durch die Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und die Eigeninitiative der Migranten beeinflusst worden. Konzeptionen staatlicher Kontrolle und Steuerung seien dagegen während eines über Jahre anhaltenden Wirtschaftswachstums mit hohem Arbeitskräftebedarf eher pragmatisch gehandhabt worden. Die Autoren verweisen an dieser Stelle auf das Beispiel portugiesischer Arbeiter, die irregulär durch Spanien nach Frankreich einreisten und staatliche Kontrollen umgehen konnten. Trotz erheblicher Unterschiede in der staatlichen Ausländerpolitik – am restriktivsten waren die Regelungen in der Schweiz – seien die Handlungsspielräume der Arbeitsmigranten erheblich erweitert worden.

Axel Kreienbrink untersucht machtpolitische Verschiebungen in Spanien Ende der 1950er Jahre und betont den zunehmenden Einfluss einer Gruppe von Akteuren, die er als Technokraten beschreibt. Diese hätten den Kurs älterer, eher autoritär ausgerichteter Führungskräfte in mehrfacher Hinsicht zu reformieren gesucht, und es sei ihnen gelungen,

eine wirtschaftspolitische Liberalisierung sowie eine außenpolitische Annäherung an die Europäische Gemeinschaft durchzusetzen. Eine staatlich geförderte Auswanderung in Form einer kontrollierten Arbeitsmigration sollte diese politische Zielsetzung unterstützen, die trotz der Betonung wirtschafts- und außenpolitischer Vorteile nicht konfliktfrei umgesetzt werden konnte. Um die Arbeitsmigration mit dem autoritären politischen System Spaniens in Einklang zu bringen, wurde 1956 das Instituto Español de Emigración (IEE) gegründet. Es wurde angestrebt, die Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die kirchliche Betreuung für die Migranten entscheidend mitzugestalten, um auf deren Handlungsweisen gemäß politischer Zielsetzungen Einfluss nehmen zu können. Der Autor zeigt darüber hinaus, wie ältere spanische Erfahrungen mit Auswanderung in eine als modern und effizient konzipierte Migrationspolitik einflossen, und analysiert die vielfältigen Widersprüche sowie die Schwierigkeiten der Umsetzung der politischen Neuausrichtung. Versuche, die Auswanderung nach beruflichen Qualifikationen oder Herkunftsregionen der Arbeitsmigranten zu steuern, konnte man nicht den Planungen entsprechend durchsetzen. Auch die politischen Aktivitäten der Migranten ließen sich in demokratischen Zuwanderungsländern letztlich nicht einschränken und im Sinne der spanischen Regierung beeinflussen, wobei den Gewerkschaften und den Medien dabei eine wichtige Rolle zukam, wie der Autor hervorhebt.

Carlos Sanz Díaz analysiert sachkundig und detailliert die Möglichkeiten der sogenannten irregulären Migration. Migranten und – so hebt der Autor hervor – auch Migrantinnen suchten eigene Wege innerhalb der staatlich geregelten Arbeitsmigration, in hohem Maße auch mit Hilfe informeller Netzwerke oder familiärer Unterstützung, um die Auswanderung für ihre individuelle Lebensplanung zu nutzen. Dabei erweist sich, so ein Ergebnis dieser Untersuchung, dass die Fähigkeit spanischer Migrantinnen und Migranten zur eigenwilligen und selbstbestimmten Nutzung unterschiedlicher Wanderungswege als bislang unterschätzter Aspekt spanischer Migrationsgeschichte zu werten ist. Die offizielle Migrationspolitik hatte auch eine geschlechtsspezifische Seite. Es bestanden erhebliche Unterschiede zwischen den Anwerbewünschen der Bundesrepublik, die sich an junge, alleinstehende Frauen richteten, und den Bestrebungen des spanischen Staates, die Migration zu kontrollieren. Auf spanischer Seite suchte man die Ausreise unverheirateter Frauen nicht zu fördern, gleichzeitig jedoch die Familienzusammenführung aus denselben konservativen Moralvorstellungen heraus zu unterstützen. Frauen konnten die sich aus letzterer Zielsetzung ergebenden Migrationsmöglichkeiten nutzen, etwa indem sie als eine mit einem Arbeitsmigranten verheiratete Touristin einreisten. Die Frage nach einer politischen Motivation der auf irregulären Wegen in die Bundesrepublik gekommenen Migranten bedarf nach Ansicht des Autors weiterer Forschungsarbeiten. Dieser Aspekt der spanisch-europäischen Migrationsgeschichte sei für Frankreich und Belgien besser erforscht, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Migrationstraditionen, insbesondere der Geschichte Frankreichs als Aufnahmeland für politische Flüchtlinge. Abschließend stellt Sanz Díaz die wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Aspekte der auch zahlenmäßig nicht unerheblichen, irregulären spanischen Migrationsbewegungen dar.

Bettina Severin-Barboutie untersucht in vergleichender Perspektive Zuwanderergruppen in Stuttgart und Lyon. Sie ordnet ihre Studie in den Kontext der Entwicklungslinien einer Geschichte Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein und analysiert detailliert die unterschiedlichen Ebenen städtischer Politik und Verwaltung sowie die verschiedenen Konzeptionen von Fremdheit und Zugehörigkeit in den beiden Städten. Stuttgart war seit den 1950er Jahren von der Arbeitsmigration aus den Ländern geprägt, mit denen die Bundesrepublik Anwerbeabkommen abgeschlossen hatte, auch wenn viele – insbesondere italienische Migranten – auf eigene Initiative und unter Umgehung der Anwerbeinstitutionen auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten in diese Stadt kamen. Lyon dagegen war

schon in den 1920er Jahren Ziel sehr unterschiedlicher Einwanderergruppen gewesen. Neben bereits zu dieser Zeit in Frankreich zahlreichen Arbeitsmigranten aus Südeuropa siedelten sich auch russische und armenische Flüchtlinge in der Stadt an. Seit Ende der 1940er Jahre wurde Lyon zunächst vor allem für Italiener, seit Anfang der 1950er Jahre aber verstärkt auch für Migranten aus den nordafrikanischen Kolonialgebieten Frankreichs zum Ziel der Zuwanderung. Insbesondere die Migration aus dem damals noch zu Frankreich gehörenden Algerien stellte für die Behörden in Lyon eine Herausforderung dar. Die Zuerkennung staatsbürgerlicher Rechte für alle Algerier wurde 1947 realisiert, nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 behielten die algerischen Zuwanderer einen Sonderstatus. Nach 1968 wurden Zuwanderungsquoten zwischen Frankreich und Algerien vereinbart, noch vor dem offiziellen französischen Anwerbestopp versuchte die algerische Regierung jedoch ihrerseits die Abwanderung nach Frankreich zu unterbinden. Die Autorin untersucht die terminologische Einordung der verschiedenen Migrantengruppen. Sie hebt hervor, dass der spezifische Charakter der Migration aus Algerien durch die Zusammenfassung algerischer, tunesischer und marokkanischer Einwanderer unter dem Begriff Nordafrikaner nicht deutlich wurde. Sie wurden durch diese Bezeichnung vielmehr von europäischen Migranten sprachlich abgegrenzt. Nach der Unabhängigkeit Algeriens wurden diese Gruppenbezeichnungen von den Verwaltungsbehörden durch den Begriff des Ausländers ersetzt. In einem weiteren Schritt untersucht Severin-Barboutie den Umgang beider Stadtverwaltungen mit der Zuwanderung. Für Stuttgart stellt sie fest, dass mit demBegriff »Ausländer« ausschließlich die Arbeitskräfte aus den Anwerbestaaten bezeichnet wurden. Die Arbeitsmigration, wie auch die dauerhafte Niederlassung eines Teils der Migranten, veränderte den Blick der Stadtverwaltungen auf diese Bevölkerungsgruppen eher zögerlich. In Stuttgart wie auch in Lyon wurden in den 1970er Jahren Studien zur Zuwanderungssituation in Auftrag gegeben. Bei allen Unterschieden, so die Autorin, leiteten beide Studien eine neue Phase der städtischen Migrationsgeschichte ein, die die Migranten in die Zukunftsplanung einbeziehen sollte. Die Stuttgarter Studie sei von einer verwaltungsinternen Projektgruppe erstellt worden, deren Autoren sich zwar lediglich auf Zuwanderer aus den Anwerbestaaten konzentriert, dabei aber nachhaltige Vorschläge zu einem differenzierten Umgang entwickelt hätten. Die Studie von Lyon sei dagegen von einer Gruppe von Stadtsoziologen durchgeführt worden und trotz deren ambitionierter Absicht, einer komplexen Zuwanderungssituation gerecht zu werden, letztendlich auf die Probleme maghrebinischer Einwanderer und auf die Wohnsituation begrenzt geblieben. Die Autorin führt dies auf eine von der französischen Kolonialgeschichte geprägte Wahrnehmung zurück, die sie bis in die Zeit nach den Unruhen im Jahr 2005 wirken sieht. Severin-Barboutie macht in diesem Beitrag die Möglichkeiten einer vergleichenden städtischen Migrationsgeschichte in einem europäischen Kontext deutlich.

Der Band bietet eine Reihe interessanter Beiträge zur Geschichte der Arbeitsmigration, die die Vielfalt des Forschungsbereichs aufzeigen. Weitere Perspektiven im Sinne des in diesem Band eingeführten Ansatzes könnten darin liegen, die Rückwanderung von Migranten sowie die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in den Herkunftsländern stärker einzubeziehen.

Yvonne Rieker (Essen)